

Schicksal der Palästinenser

Ulmer vh greift Tabuthema auf - Kritik der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

"Al Nakba - Die Katastrophe." Unter dem Titel steht die aktuelle Ausstellung in der Ulmer vh. Sie skizziert das Schicksal der Palästinenser, die während des Aufbaus des Staates Israel ihre Heimat verloren haben.

JÜRGEN BUCHTA

Ulm . 1948 ist der israelische Staat ausgerufen worden. Nach zweitausendjährigem Exil und Jahrhunderten der Verfolgung hatten die über alle Welt verstreuten Juden wieder ein Stück Land, in dem sie unter eigener Regie leben können.

Allerdings: Der Landstrich, den sie seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts verstärkt besiedelten, war nicht menschenleer. Schon damals lebten einige tausend Juden dort. Etwa 95 Prozent der Bevölkerung aber stellten die arabischen Palästinenser. 1882 waren auf dem Gebiet des heutigen Israel, das zu jener Zeit Teil des Osmanischen Reichs war, etwa 450 000 Menschen registriert.



Auf 14 Tafeln wird das Schicksal des palästinensischen Volks vor und nach Gründung des Staates Israel skizziert. Foto: Oliver Schulz

"Als Folge der Staatengründung Israels im Mai 1948 haben etwa 750 000 Palästinenser ihre Heimat verloren", berichtet der Verein Flüchtlingskinder im Libanon, der die Wanderausstellung "Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948" zusammengestellt hat. Der Reutlinger Verein besteht seit 1995 und unterstützt palästinensische

Flüchtlingsfamilien im Libanon. Seine Ausstellung ist jetzt erstmals in den Räumen der Ulmer vh zu sehen. "Die Menschen flohen unter dem Eindruck der kriegerischen Auseinandersetzungen in die arabischen Nachbarstaaten, beziehungsweise wurden dorthin vertrieben," berichten die Mitglieder der Vereins auf den Tafeln.

"Anlässlich des Gedenkens an Staatsgründung Israels vor 60 Jahren wollen wir mit dieser Ausstellung auch die andere Seite der Geschichte beleuchten", sagt vh-Fachbereichsleiter Lothar Heusohn. Die durch Massaker begleitete Vertreibung eines großen Teil der Urbevölkerung gelte noch heute als großes Tabuthema in der israelischen Geschichte. Ihrer klassischen Tradition folgend, sich engagiert, hintergründig und umfassend informierend in der Gesellschaft zu bewegen, habe die Ulmer vh dies Thema als ein Beitrag in ihrer Schwerpunktreihe "Heimat" aufgegriffen.

Dazu gehöre auch, daran zu erinnern, dass die Menschenrechte für alle gelten. Und dass die Vereinten Nationen mehrere Resolutionen verabschiedet haben, an die sich Israel nicht halte. In ihrer Resolution 194 (III) vom Dezember 1948 etwa beschlossen sie ein Rückkehrrecht für Flüchtlinge, die in Frieden mit ihren Nachbarn leben möchten. Und sie forderten die

Entschädigung jener, die nicht zurückzukehren, in Israel aber ihr Eigentum und ihren Grundbesitz zurücklassen mussten.

Einen Tag nach der Verabschiedung dieser Resolution sei im israelische Parlament schon die Notstandsverordnung, gefolgt vom Gesetz über das Eigentum Abwesender eingebracht worden. Gemäß diesem Gesetz waren alle nicht-jüdischen Menschen, die ihr Eigentum und ihren Grund und Boden während des 1948/49er Konflikts verlassen hatten, als so genannte "Abwesende" zu betrachten, deren Besitz an einen israelischen Treuhänder zu überführen war.

Aus den Reihen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Ulm wurde sofort Kritik an der Ausstellung eingebracht. "Gegen diese systematisch angelegte Einseitigkeit zu Lasten Israels protestieren wir. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, dass die Ausstellung wieder in der Ulmer Volkshochschule gezeigt wird, die in der letzten Zeit dieser Einseitigkeit gegen Israel bereitwillig den nötigen Raum zur Verfügung gestellt hat", schreibt Gesellschaftsvorsitzender Wolfgang Müller in einer Mitteilung an die Presse.

Dem begegnet vh-Leiterin Dr. Dagmar Engels entschieden. Es gebe keine zweite Institution in Ulm, die über das Schicksal der Juden und den Aufbau des Staates Israels so kontinuierlich und detailliert informiere wie die vh. Auch habe man der Deutsch-Israelischen Gesellschaft im Vorfeld angeboten, ihre Position auf Schautafeln neben der Ausstellung herauszustellen. Darauf habe sie nach vereinsinterner Diskussion verzichtet.